

CDU



#innovationcdu

Beschlüsse des 56. Landesparteitages

Landesparteitag der CDU in Niedersachsen
am 31. August 2019 in Celle

Inhaltsverzeichnis

Kinderschutz.....	3
Bildungsmittel für Jugendarbeit erhöhen.....	5
Hebammenversorgung.....	5
Batterieforschung in Niedersachsen.....	5
Auf das Wesentliche beschränken – Für die Schaffung klarer Aufgabenbereiche niedersächsischer Studentenvertretungen.....	5
Fortführung der wichtigen Förderung der Berufseinstiegsbegleitung.....	5
Flüchtlinge in Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung bringen – individuelle Sprachförderung ungekürzt fortsetzen.....	5
Azubi-Ticket in Niedersachsen einführen.....	5
ÖPNV reformieren.....	6
Radwegebau verstärken.....	6
Ausbau der A39.....	6
Aufnahme des „Holländischen Griffs“ in die Fahrschulerausbildungsordnung.....	6
Alternative Antriebsarten bei VW.....	6
Dekarbonisierung im Schienenverkehr vorantreiben.....	6
Ladeinfrastruktur für E-Autos in Privathaushalten fördern.....	7
Rotorblätter von Windkraftanlagen recycelbar machen.....	7
Wasserqualität erhalten, Fracking verbieten.....	7
Verbrennung von Kunststoffen.....	7
Plastiktüten.....	7
Verbot von Mikroplastik in Kosmetik- und Reinigungsprodukten.....	7
Unterstützung der Kampagne „Torffrei leben“ des BUND.....	7
Reform des Baurechts – Stallbau erleichtern.....	7
10 Punkte zum Städte- und Wohnungsbauprogramm Niedersachsen.....	7
Reform der Wohnungslosenhilfe.....	9
Bedarfsplanung für Hausärzte reformieren.....	9
Bekämpfung des Pflegenotstandes.....	9
Maßnahmen gegen den Pflegenotstand.....	9

Eingliederungshilfe.....	9
Parkerleichterungen für Menschen mit Behinderung.....	10
Bessere Versorgung von Lipödempatienten.....	10
Impfpflicht.....	10
Streichung der Übernahme von Heim- bzw. Pflegekosten für Heim- und Pflegekinder bei Eintritt in das Berufsleben.....	10
Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet.....	10
Upskirting bestrafen.....	10
Uploadfilter in Deutschland verhindern.....	11
Abschaffung des Verbandsklagerechtes.....	11
Einsetzung eines Antisemitismusbeauftragten.....	11
Ehrenamtskarte – Zugang erleichtern.....	11
Härtefallverfahren nach § 23a des Aufenthaltsgesetzes.....	11
Europäischer Katastrophenschutz.....	11
Geldwäsche im Immobiliensektor.....	11
Einheitlicher Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie.....	11
Steuerfreie Rücklagenbildung in der Land- und Forstwirtschaft.....	11
Überarbeitung des NKAG.....	12
Für Klarheit in der Grundsteuer.....	12
Raumordnungsprogramm.....	12
Ideenbörse Kommunalpolitik.....	12
Bei der Breitbandinfrastruktur Zweiklassengesellschaft vermeiden - „Graue Zonen“ nicht benachteiligen....	12
Gewährung von Zuwendungen für Investitionen in der Tagesbetreuung für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung (RIT).....	12

KINDERSCHUTZ

Die Erkenntnisse aus dem Missbrauchsfall „Lügde“ fordern Konsequenzen: Die Schwächsten unserer Gesellschaft müssen besser vor Missbrauch geschützt werden. Außerdem müssen Straftaten effektiv und mit zeitgemäßen Mitteln verfolgt werden können. Die Schuldigen müssen mit deutlichen Strafen rechnen. Zur Verbesserung des Schutzes von Kindern werden daher folgende Maßnahmen befürwortet:

I. Prävention

1. Zur Verbesserung der Präventionsarbeit zur Verhinderung von Kindesmissbrauch müssen die bereits bestehenden Erkenntnisse des Missbrauchsfalls „Lügde/Hamelnd-Pyrmont“ kritisch überprüft und Konzepte zielgenau angepasst bzw. ausgebaut werden.
2. Es ist Sorge zu tragen, dass alle Institutionen, Vereine, Organisationen, Kirchen, die mit Kindern und Jugendlichen nicht nur ehrenamtlich arbeiten, eine qualifizierte Beauftragte/Beauftragten für Kinderschutzangelegenheiten vorweisen können bzw. die ehrenamtlich Tätigen Fortbildungen/Schulungen absolvieren, in denen das Thema sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen behandelt wird. Ein erweitertes Führungszeugnis und ein Kodex für Mitarbeitende, auch ehrenamtlich Tätige, muss verstärkt geprüft und angewendet werden.
3. Wir bekennen uns zum Bündnis „White IT“, das sich zum Ziel gesetzt hat, Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderpornografie im Internet zu entwickeln. In ihm arbeiten Vertreter der Netzwirtschaft, der IT-Industrie, der Ermittlungsbehörden und von Ärzte-, Sozial- und Opferschutzverbänden zusammen. Diesen Ansatz wollen wir fördern und ausbauen.
4. Die CDU Niedersachsen fordert, dass in Absprache mit den Krankenkassen ausreichende finanzielle Mittel für Präventionsprojekte zur Verfügung stehen müssen, durch die Menschen, die sich sexuell zu Kindern hingezogen fühlen, therapeutische Unterstützung im Umgang mit ihrer sexuellen Präferenz erhalten. Ausdrücklich befürwortet wird das Modellprojekt und anonyme Therapieangebot im Netzwerk ‚Kein Täter werden‘ an der Medizinischen Hochschule Hannover. Es soll geprüft werden, ob das Projekt ausgeweitet und auch in weiteren niedersächsischen Universitätskliniken etabliert werden kann. Als präventive Maßnahme muss auch die Öffentlichkeitsarbeit hierfür intensiviert werden.
5. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass von Missbrauch betroffene Kinder und Jugendliche sowie deren Erziehungsberechtigte niederschwellig Informationen und Hilfestellungen erhalten, um insbesondere Verdachtsfällen frühzeitig nachgehen zu können. Verbrechenstserien wie in Lügde können so eher vermieden werden. Wir wollen die Nichtanzeige eines geplanten sexuellen Missbrauchs von Kindern unter Strafe stellen und plädieren daher für eine Aufnahme dieser Straftaten in den Katalog des § 138 StGB.
6. Wir wollen, dass deutsche Internet Service Provider gesetzlich verpflichtet werden, Verdachtsfälle auf Kinder- und Jugendpornographie an eine zentrale Stelle, z.B. beim Landes- oder Bundeskriminalamt, zu melden. Deutsche Ermittler bekommen Hinweise auf Kinderpornographie häufig aus den USA. Dort gibt es für Provider bereits eine gesetzliche Pflicht, Verdachtsfälle auf Kinder- und Jugendpornographie zu melden.
7. Die finanziellen Zuweisungen des Landes für die personelle Ausstattung sowie Qualifizierung durch Fortbildung und Supervision der Mitarbeiter in den Jugendämtern und Institutionen müssen zur Prävention wegen der Zunahme von Gewalt und sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen deutlich erhöht werden. Eine reflektierte und besonnene Haltung und Fachlichkeit sind bei den beteiligten Akteuren erforderlich.

8. Das Land Niedersachsen muss für Qualifizierung und Fortbildung in diesem Themengebiet, auch bei der Polizei, entsprechende finanzielle Mittel und personelle Ressourcen zur Verfügung stellen. Es muss sichergestellt werden, dass Kindergärten, Schulen, Jugendämter und Polizei sich über Auffälligkeiten unmittelbar austauschen. Bei Wohnortwechsel müssen die nächsten Stellen über alles Vorliegende informiert werden. Wegen der schweren psychischen Beeinträchtigungen, die mit sexuellem Missbrauch einhergehen, sind für die Betroffenen therapeutische Maßnahmen ohne Nachweis der Schwere sicherzustellen.

II. Konsequente Verfolgung

1. Es muss geprüft werden, ob die Verjährung von Straftaten des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen auszusetzen ist. In diesem Bereich gelten heute schon verlängerte Verjährungsfristen, dennoch gibt es Fälle von Verfolgungsverjährung, insbesondere dann, wenn Taten erst sehr spät nach dem Geschehen zu Anzeige gebracht werden, weil die Opfer erst dann in der Lage sind, das Erlebte zu berichten.
2. Es muss verstärkt Digitaltechnik unter Einbeziehung der Möglichkeiten „künstlicher Intelligenz“ bei der Sichtung und Auswertung großer Datenmengen im Rahmen der Strafverfolgung bei Kindesmissbrauch zum Einsatz kommen.
3. Der insbesondere von NRW verfolgte Ansatz, eine Hashwerte-Datenbank beim BKA aufzubauen, die kinderpornographisches Material kategorisiert und technisch so aufbereitet, dass einmal sichergestelltes Material für die Zukunft zugeordnet werden kann, wird ausdrücklich unterstützt. So ist es möglich, große Datenmengen automatisiert auszuwerten, ohne in besonderem Maße personelle Ressourcen zu binden. Angesichts der besonderen Belastung, die gerade die Auswertung kinderpornographischer Dateien bedeutet, muss dieses Vorhaben Priorität genießen.
4. Wir wollen eine möglichst zeitnahe obligatorische richterliche (Video-)Vernehmung der Opfer immer weiter ausbauen, damit die psychologische Betreuung nicht hinter ermittlungstaktischen Gründen (Gefahr der Verfälschung von Aussagen) zurücktreten muss und das Kindeswohl in Konkurrenz zum Strafverfolgungsinteresse tritt. Mehrfache oder (Nach-)Vernehmungen sollen aus Rücksicht auf die Opfer möglichst vermieden werden.
5. Wir wollen eine verfassungsmäßige Ausgestaltung der Vorratsdatenspeicherung, auch um Straftaten im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch effektiver verfolgen zu können.
6. Die Strafverfolgungsbehörden müssen die rechtliche Möglichkeit bekommen, effektiv im „Darknet“ zu ermitteln. Dazu ist es insbesondere nötig, dass Ermittler
 - im Kampf gegen Kinderpornographie in das „Darknet“ und andere Tauschplattformen für Kinderpornographie gelangen,
 - künftig im Rahmen von Ermittlungsverfahren wegen Kinderpornographie echt aussehende, computergenerierte Bilder hochladen dürfen, die so gekennzeichnet sind, dass sie in Ermittlungsverfahren eindeutig verifiziert werden können,
 - Daten verdeckt beschlagnahmen dürfen und die Beschlagnahme erst dann offenzulegen ist, wenn der Ermittlungserfolg im Zusammenhang mit Kinderpornographie dadurch nicht mehr gefährdet werden kann.

III. Deutliche Abschreckung

1. Für Täter und Mittäter sexuellen Missbrauchs müssen drastische Strafen möglich sein, nur so können abschreckende Signale nach außen erreicht werden. Ob der Gesetzgeber zu Änderungen am Strafgesetzbuch bei den Strafrahmen kommen muss, ist zu prüfen.

2. Auch die Verbreitung von Kinderpornographie im Internet ist ein zentrales Thema. Es kann nicht richtig sein, dass der Besitz von Kinderpornographie auch nur nahezu als so etwas wie ein Kavaliersdelikt angesehen wird. Auch hier ist zu prüfen, ob der Strafrahmen deutlich strenger werden muss.

BILDUNGSMITTEL FÜR JUGENDARBEIT ERHÖHEN

Die CDU in Niedersachsen unterstützt die Aktion „Jugend – Zukunft – Schaffen“ des Landesjugendrings Niedersachsen. Damit verbunden fordern wir von Seiten der Landesregierung eine weitere Erhöhung der Bildungsmittel für Jugendarbeit.

HEBAMMENVERSORGUNG

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die geplanten Ausbildungsstandorte der zukünftigen Studienstandorte für Hebammenwissenschaften, so in Niedersachsen verteilt werden, dass keine Region benachteiligt wird und jeder Standort mit mindestens 35 Plätzen pro Jahrgang ausgestattet ist.

BATTERIEFORSCHUNG IN NIEDERSACHSEN

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, die Standortfrage zur Errichtung einer Forschungsfabrik zur Herstellung von Batterien anhand bereits vorhandener Kompetenzen an möglichen Standorten neu zu diskutieren. Der niedersächsische Standort hat sehr gute Ausgangsvoraussetzungen und sollte entsprechend berücksichtigt werden.

AUF DAS WESENTLICHE BESCHRÄNKEN – FÜR DIE SCHAFFUNG KLARER AUFGABENBEREICHE NIEDERSÄCHSISCHER STUDENTENVERTRETUNGEN

Die CDU in Niedersachsen fordert, die Regelungen zur Wahrnehmung des politischen Mandates für Studentenschaften (§20 (1), Satz 4f. Nds. Hochschulgesetz) so anzupassen, dass die konkreten Aufgabenbereiche der verfassten Studentenschaft und seiner Organe klarer umrissen werden. Dies soll unter anderem einen verbindlicheren Rahmen dafür schaffen, in welchem Ausmaß Organe der verfassten Studentenschaften politische Mandate wahrnehmen dürfen. Beispiel kann hier das Sächsische Hochschulfreiheitsgesetz (§24 (3), Satz 1ff.) darstellen, welches die Aufgabenbereiche der Studentenvertretungen verbindlicher und deutlicher beschreibt.

FORTFÜHRUNG DER WICHTIGEN FÖRDERUNG DER BERUFSEINSTIEGSBEGLEITUNG

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU-Landtagsfraktion auf, dass die Berufseinstiegsförderung durch Sicherstellung der etwa notwendigen 10 Mio. Euro betragenden Kofinanzierung durch das Land Niedersachsen ab 2020 erhalten bleibt.

FLÜCHTLINGE IN ARBEIT, AUSBILDUNG UND QUALIFIZIERUNG BRINGEN – INDIVIDUELLE SPRACHFÖRDERUNG UNGEKÜRZT FORTSETZEN

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU-Landtagsfraktion auf, die Ergebnisse des Modellversuches Sprint dauerhaft in das Berufsschulsystem zu überführen und gesetzlich zu verankern. Das Angebot soll sich nicht nur auf schulpflichtige Jugendliche bzw. neu Eingereiste unter 18 Jahre beschränken. Zum Spracherwerb spricht sich die CDU in Niedersachsen für eine ergänzende Fortführung der Landessprachklassen aus.

AZUBI-TICKET IN NIEDERSACHSEN EINFÜHREN

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, kurzfristig ein Auszubildenden-Ticket (Azubi-Ticket) in Niedersachsen zu diesen Bedingungen einzuführen:

- Kosten 1 Euro am Tag / 365 € im Jahr
- landesweit und 24 Stunden am Tag
- für Bus, Straßenbahn, Regionalbahn
- unbürokratisch und digital

ÖPNV REFORMIEREN

Die CDU in Niedersachsen bittet die CDU-Landtagsfraktion, eine Reform der Regelungen zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) nach §§ 7 ff. des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes (NNVG) zu prüfen.

Die Verteilung der Mittel an die Aufgabenträger des ÖPNV soll an einheitliche Standards wie die Einwohnerzahl und die Fläche gekoppelt werden. Die Verfahren über den Nachweis der Mittelverwendung sind unter dem Gesichtspunkt der Entbürokratisierung zu verschlanken.

RADWEGEBAU VERSTÄRKEN

Die CDU in Niedersachsen fordert einen stärkeren Ausbau von Radwegen entlang der Landstraßen. Dies würde gerade die Nutzung des Verkehrsmittels Fahrrad auch in ländlichen Regionen deutlich attraktiver gestalten.

AUSBAU DER A39

Die CDU in Niedersachsen fordert den sofortigen Weiterausbau der Autobahn 39 zwischen Wolfsburg und Lüneburg. Die hiermit geschaffenen Wirtschaftswege sind für die Region unverzichtbar. Mit der Autobahn 39 sollen auch die Verkehrsleitsysteme ausgebaut werden, um die westlicher gelegene Autobahn 7 durch intelligente Verkehrsführung zu entlasten.

AUFNAHME DES „HOLLÄNDISCHEN GRIFFS“ IN DIE FAHRSCHÜLERAUSBILDUNGSORDNUNG

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass die Fahrschülerausbildungsordnung wie folgt geändert wird:

§ 4, Absatz 10 (b)

- Einsteigen
- Aussteigen unter Zuhilfenahme des „holländischen Griffs“
- Sichern des Fahrzeugs

ALTERNATIVE ANTRIEBSARTEN BEI VW

Das Land Niedersachsen hat durch seine Beteiligung an Volkswagen besonderen Einfluss auf den Konzern und zugleich Verantwortung für die Mitarbeiter. Die CDU in Niedersachsen fordert daher die Landesregierung auf, dass zukünftig nicht nur batteriebetriebene Fahrzeuge, sondern auch andere alternative Antriebsarten entwickelt und auch bei den Volumenmodellen eingesetzt werden. Gerade Wasserstoff ist wegen seiner hohen Energiedichte ein geeigneter Treibstoff.

DEKARBONISIERUNG IM SCHIENENVERKEHR VORANTREIBEN

Die CDU in Niedersachsen fordert, die Dekarbonisierung im Schienenverkehr voranzutreiben und Forschung und Entwicklung wasserstoffbasierter Energieversorgungs- und Antriebssysteme für Schienenfahrzeuge zu forcieren.

Der Verkehrsträger Schiene ermöglicht eine sichere, saubere und effiziente Mobilität und gilt als umweltfreundlichstes Verkehrsmittel. Niedersachsen ist als Flächenland mit ausgedehnten Schienenverkehrswegen, als Produktionsort erneuerbarer Energien aus Wind und Sonne sowie als Forschungs- und Produktionsstandort zur innovativen Mobilität in besonderem Maße geeignet, die Dekarbonisierung im Schienenverkehr weiter voranzutreiben. Ein wesentlicher Baustein wird der gezielte Einsatz von wasserstoffbasierten Energieversorgungs- und Antriebssystemen sein. Im Zusammenspiel von Wirtschaft, Forschung und Politik ist die Weiter- und Neuentwicklung von Wasserstofftechnologien für den Einsatz in Zugsystemen zu forcieren.

Bereits bestehende Förderprogramme auf Landes-, Bundes und europäischer Ebene sind zu bündeln und gezielt einzusetzen. Zugsysteme mit Brennstoffzellen lassen sich in Pilotprojekten und später im Regelbetrieb besonders effektiv auf nichtelektrifizierten Nahverkehrsstrecken in Niedersachsen erproben und einsetzen. Niedersachsen wird zum Vorreiter des

Brennstoffzellenzugbetriebs. Andere Transport- und Mobilitätsträger, wie zum Beispiel Schwerlastverkehr, Flugverkehr oder Heiztechnik sollten zukünftig ebenfalls in den Fokus der Wasserstofftechnologie rücken.

LADINFRASTRUKTUR FÜR E-AUTOS IN PRIVATHAUSHALTEN FÖRDERN

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, steuerbare Lademöglichkeiten für Elektroautos in Privathaushalten finanziell zu unterstützen.

ROTORBLÄTTER VON WINDKRAFTANLAGEN RECYCELBAR MACHEN

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, Forschungsvorhaben für das vollständige Recyceln von Rotorblättern von Windkraftanlagen zu unterstützen.

WASSERQUALITÄT ERHALTEN, FRACKING VERBIETEN

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, unkonventionelles Fracking in Niedersachsen auch nach 2021 zu verbieten.

VERBRENNUNG VON KUNSTSTOFFEN

Die CDU in Niedersachsen fordert, dass die Verbrennung von Kunststoffen reduziert wird. Vielmehr sollen wiederverwertbare Rohstoffe recycelt und nicht recycelbare Stoffe durch bereits existierende oder in der Entwicklung befindliche abbaubare Alternativen ersetzt werden.

PLASTIKTÜTEN

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, sich für ein Verbot von Einwegplastiktüten einzusetzen.

VERBOT VON MIKROPLASTIK IN KOSMETIK- UND REINIGUNGSPRODUKTEN

Die CDU in Niedersachsen fordert ein Verbot für die Verwendung von Mikroplastik in Kosmetik- und Reinigungsprodukten.

UNTERSTÜTZUNG DER KAMPAGNE „TORFFREI LEBEN“ DES BUND

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, die Kampagne „Torffrei leben“ des BUND zu unterstützen.

REFORM DES BAURECHTS – STALLBAU ERLEICHTERN

Die CDU Niedersachsen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, eine Reform des Baurechts und der TA-Luft voranzutreiben, sodass neue Ställe als Ersatz für Altanlagen mit vergleichbarer Stallplatzzahl genehmigt und zur Verbesserung des Tierwohls schneller gebaut werden können.

10 PUNKTE ZUM STÄDTE- UND WOHNUNGSBAUPROGRAMM NIEDERSACHSEN

Im Städte- und Wohnungsbau sind neue Weichenstellungen der Politik notwendig, um den vielfältigen Herausforderungen gerecht zu werden. Das Investitionsprogramm in Höhe von 400 Mio. Euro für den Wohnungsbau in Niedersachsen ist ein wichtiger Baustein. Die CDU in Niedersachsen ist überzeugt, dass darüber hinaus weitere grundlegende Maßnahmen notwendig sind:

1. Niedersachsen braucht eine bessere Datenbasis für einen modernen Städte und Wohnungsbau. Bauangebot und Baunachfrage decken sich in vielen regionalen Wohnungsmärkten nicht mehr. Es ist notwendig, den Bedarf sowohl regional als auch hinsichtlich der Wohnungsgröße transparenter darzustellen.
2. Eine moderner Städte- und Wohnungsbaupolitik unterstützt den geförderten und den privaten Wohnungsbau gleichermaßen. Enteignungsfantasien verschärfen die Wohnungsnot. Der private Wohnungsbau leistet einen Beitrag zur privaten Altersvorsorge.

Dies wird in der aktuellen Debatte unzureichend berücksichtigt. Fragwürdigen Praktiken von privaten Wohnungsunternehmen ist mit Mitteln der Wohnungsaufsicht zu begegnen. Das Instrument der Enteignung ist hierfür denkbar ungeeignet.

3. In der Wohnungsbaupolitik besteht kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsproblem. Die Empfehlungen des Wohngipfels 2018, der Baukostensenkungskommission von Bund und Ländern sowie des Bündnisses für bezahlbares Wohnen Niedersachsen bilden die Grundlage für eine moderne Wohnungsbaupolitik. Diese Empfehlungen müssen durch das Fachressort zügig umgesetzt werden.
4. Die Kommunen müssen eine aktivere Rolle im Wohnungsbau übernehmen. Es fehlt an Bauland für den Wohnungsbau. Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Es muss Kommunen möglich sein, Bauland ggf. verbilligt bereitzustellen.
5. Die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) muss modernisiert werden. Die NBauO stellt den Wohnungsbau vor hohe bürokratische Hürden. Preistreibende Vorgaben müssen überprüft und ggf. abgebaut werden. Um zügiger entscheiden zu können, brauchen Bauämter klarere Kriterien für die Genehmigung von Bauanträgen.
6. Kommunen brauchen Entscheidungsspielräume. Die Landesraumordnung und Regelungen zum Flächenausgleich dürfen nicht zum Korsett werden. Um Kommunen bei der Ausweisung von Gewerbe- und Wohngebieten zu unterstützen, müssen Spielräume erweitert werden. Niedersachsen braucht eine Akzentverschiebung vom quantitativen zum qualitativen Flächenausgleich.
7. Moderner und nachhaltiger Hochbau muss ressourcenschonend, zeit- und kostensparend sein. Das serielle, modulare und digitale Bauen führen zu mehr Standardisierung, zu ressourcenschonenden Baumethoden und zur stärkeren Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Dies muss in der Bauplanung und -durchführung mehr Beachtung finden.
8. Das Quartiersmanagement ist Querschnittsaufgabe des Städtebaus. Ein modernes Quartiersmanagement ist Voraussetzung dafür, dass die Schaffung neuen Wohnraums, z.B. im Rahmen der Nachverdichtung, sozialverträglich gestaltet und Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge sinnvoll angepasst werden können.
9. Das Land muss Unternehmen der Bauwirtschaft bei der Fachkräftesicherung und der Qualifizierung ihrer Arbeitnehmer gezielt unterstützen. Aufgrund der hervorragenden Baukonjunktur stehen kaum Kapazitäten für wichtige Projekte im Hoch- und Tiefbau zur Verfügung. Es müssen geeignete Anreize geschaffen werden, damit zusätzliche Unternehmen gegründet und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Arbeitnehmer müssen für die geänderten Herausforderungen der Bauwirtschaft qualifiziert werden. Die Fachkräfteinitiative Niedersachsen muss sich dieser Herausforderung zeitnah widmen.
10. Der Brand- und Denkmalschutz darf Bauen und Sanieren nicht unbezahlbar machen. Hohe Anforderungen des Brand- und Denkmalschutzes verteuern Neubauten und die Sanierung des älteren Baubestands. Viele Eigentümer und Kommunen sind außer Stande, den erhöhten Investitionsbedarf wirtschaftlich abzubilden. Der Brand- und Denkmalschutz muss auf ein verhältnismäßiges Niveau zurückgeführt werden.

REFORM DER WOHNUNGSLOSENHILFE

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU-Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, folgende Instrumente der Wohnungslosenhilfe gemäß §§ 67, 68 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) zum festen Bestandteil der Wohnungslosenhilfe in Niedersachsen zu machen:

- Langfristige Bereitstellung einer Mieterbegleitung, um Wohnungseigentümern Sicherheit zu geben sowie in Wohnungsnotfällen Hilfen zur Erhaltung der Wohnung zu geben und individuelle Hilfen zum Erhalt der Mietverhältnisse zu koordinieren.
- Regionale Fachstellen „Akquise von Wohnraum“ aufzubauen und zu finanzieren.
- Ein Sonderförderprogramm Wohnungsbau für die Zielgruppe der Wohnungslosen gemäß §§ 67, 68 SGB XII - getrennt vom allgemeinen Wohnbauförderprogramm des Landes - aufzulegen, das den Neubau von Wohnungen für diese Zielgruppe möglich macht und in Verbindung damit die Regiekosten zur Beschaffung und Erhaltung einer Wohnung als Teil der Wohnungslosenhilfe zu übernehmen.

Einen Fond einzurichten, um Mietausfallrisiken und dadurch verursachte Kosten im Einzelfall auf Antrag zu übernehmen und dadurch auch Wohnungsnotfällen den Abschluss eines Mietvertrages zu ermöglichen.

BEDARFSPLANUNG FÜR HAUSÄRZTE REFORMIEREN

Die CDU in Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass die Berechnung der Bedarfsplanung für Hausärzte im ländlichen Raum und in Tourismusgebieten unter Berücksichtigung sogenannter weicher Faktoren erfolgen muss.

BEKÄMPFUNG DES PFLEGENOTSTANDES

Die CDU in Niedersachsen bittet die CDU-Landtagsfraktion, eine Förderung der zweijährigen Ausbildung zum Pflegeassistenten anhand folgender Faktoren zu prüfen:

- Abschaffung des Schulgeldes
- Finanzierung analog dem Pflegeberufegesetz durch eine Schulpauschale für die öffentlichen Pflegeberufsfachschulen an berufsbildenden Schulen (BBS) und die privaten Pflegeberufsfachschulen sowie eine Pauschale für die Kosten der Träger der praktischen Ausbildung
- Zahlung einer Ausbildungsvergütung analog dem Pflegeberufegesetz

MASSNAHMEN GEGEN DEN PFLEGENOTSTAND

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU-Landtagsfraktion auf, sich für die Aufwertung beim Entgelt, der Personalbemessung, der Arbeitszeit und der beruflichen Entwicklung im Bereich der Pflege einzusetzen. Eine möglichst flächendeckende Tarifbindung wäre ein effektiver Weg zu besserer Bezahlung in der gesamten Branche.

EINGLIEDERUNGSHILFE

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, den in der Beratung befindlichen Entwurf des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches IX und XII (Niedersächsisches Ausführungsgesetz SGB IX/XII) die Rechtsgrundlage auch für die Heranziehung der kreisangehörigen und regionsangehörigen Städte und Gemeinden (mit Sozialamt) zur Durchführung der Eingliederungshilfe für erwachsene Menschen mit Behinderungen ab 18 Jahren durch öffentlich-rechtlichen Vertrag oder Satzung zu schaffen.

PARKERLEICHTERUNGEN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Die CDU in Niedersachsen fordert weitere Parkerleichterungen für Menschen mit Behinderungen. Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aus diesem Grund auf, die in § 146 Abs. 3 SGB IX enthaltene Definition „Schwerbehinderter Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung“ in die Verwaltungsvorschrift StVO (VwV-StVO) zu übernehmen.

BESSERE VERSORGUNG VON LIPÖDEMPATIENTEN

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung dazu auf, den über 3,8 Millionen betroffenen Lipödempatienten - aller drei Stadien - in Deutschland die notwendige Versorgung zu gewährleisten. Folgende Aspekte sind dabei umzusetzen:

- Es wird gefordert, dass die Krankenkassen die dauerhaft schmerzlindernden Operationen - Liposuktion - vollumfänglich bezahlen. Unabhängig davon, in welchem Stadium sich betroffene Patienten befinden. Dies gilt auch rückwirkend für alle bereits durchgeführten Operationen, bei denen ein Lipödem eindeutig vor OP diagnostiziert wurde.
- Keine „Langzeitstudie“ über ein Jahr sondern eine Untersuchung des Erfolges der Methode an den bereits operierten Frauen.
- Die manuelle Lymphdrainage muss für alle Lipödempatienten von den Krankenkassen bewilligt und bezahlt werden. Weiterhin müssen einheitliche und qualitativ hochwertige Standards für die Diagnose geschaffen werden, an der sich die behandelnden Ärzte zu halten haben.
- Neue und überarbeitete einheitliche Typisierung der Verlaufsformen.
- Nur speziell ausgebildete/zertifizierte Ärzte dürfen eine solche Operation anbieten und durchführen, um Fehldiagnosen und fälschlich durchgeführte Operationen zu vermeiden.
- Die Bewilligung der Anträge auf Kostenübernahme bei der Liposuktion muss deutlich herabgesetzt werden, sodass den Betroffenen schneller geholfen werden kann.

Vertreter des Bundesministeriums für Gesundheit, Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA), Krankenkassen, Krankenhäuser und Fachärzte werden dazu aufgefordert, an einer gemeinsamen Lösung zu arbeiten, damit allen Betroffenen schnellstmöglich geholfen wird.

IMPFPFLICHT

Die CDU in Niedersachsen fordert die Einführung einer flächendeckenden Impfpflicht für Impfungen von hoher Wichtigkeit und Infektiosität.

STREICHUNG DER ÜBERNAHME VON HEIM- BZW. PFLEGEKOSTEN FÜR HEIM- UND PFLEGEKINDER BEI EINTRITT IN DAS BERUFSLEBEN

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, darauf hinzuwirken, dass die Kosten für die vorherige Unterbringung in Pflegefamilien bzw. Heimen den Kindern bei Eintritt in das Berufsleben nicht angelastet werden.

SCHUTZ VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IM INTERNET

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit Kinder und Jugendliche im Internet vor pornografischen, menschenverachtenden und gewaltverherrlichenden Darstellungen geschützt werden und keinen Zugang zuvor stehend genannten Inhalten erhalten können.

UPSKIRTING BESTRAFEN

Die CDU in Niedersachsen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, Schutzlücken im Strafgesetzbuch hinsichtlich intimer Bildaufnahmen, insbesondere von Kindern, zu schließen. In diesem Zusammenhang gilt es das sogenannte „Upskirting“ vollumfänglich unter Strafe zu stellen.

UPLOADFILTER IN DEUTSCHLAND VERHINDERN

Die CDU in Niedersachsen spricht sich gegen die Einführung von Uploadfiltern bei der Umsetzung der Richtlinie zu EU-Urheberrechtsreform aus und fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, Uploadfilter zu verhindern.

ABSCHAFFUNG DES VERBANDSKLAGERECHTES

Die CDU in Niedersachsen fordert die sofortige Abschaffung des Verbandsklagerechtes für Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände, sofern sie nicht die Verletzung eigener Rechte geltend machen können. Dazu wird die Bundesregierung aufgefordert, das Umweltrechtsbehelfsgesetz ersatzlos zu streichen. Zugleich wird die Bundesregierung aufgefordert, auf eine Zurücknahme der dazugehörigen EG-Richtlinie 2003/35/EG hinzuwirken.

EINSETZUNG EINES ANTISEMITISMUSBEAUFTRAGTEN

Die CDU in Niedersachsen fordert die Einsetzung eines niedersächsischen Antisemitismusbeauftragten. Dabei ist uns eine enge Zusammenarbeit mit dem Antisemitismusbeauftragten des Bundes sehr wichtig.

EHRENAMTSKARTE – ZUGANG ERLEICHTERN

Die CDU in Niedersachsen fordert die Mindestdauer ehrenamtlichen Engagements als Hürde für den Erhalt der Ehrenamtskarte von drei Jahren auf 18 Monate zu verkürzen. Die Gültigkeit wird in diesen Fällen auf 18 Monate begrenzt. Bei ehrenamtlichem Engagement von mindestens drei Jahren beträgt die Gültigkeit weiterhin drei Jahre.

HÄRTEFALLVERFAHREN NACH § 23A DES AUFENTHALTSGESETZES

Die CDU in Niedersachsen fordert die Landesregierung auf, das niedersächsische Härtefallverfahren nach § 23a des Aufenthaltsgesetzes dahingehend anzupassen, dass die Nichtannahmegründe nach bayerischem Vorbild erweitert werden. Insbesondere darf seitens des Ausländers keine Vorstrafe vorliegen, der Lebensunterhalt muss gesichert und die Identität geklärt sein. Zudem muss die Landesregierung gewährleisten, dass die Verfahren deutlich beschleunigt werden.

EUROPÄISCHER KATASTROPHENSCHUTZ

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung dazu auf, in Kooperation mit den anderen EU-Staaten einen länderübergreifenden Katastrophenschutz aufzubauen. In diesem Rahmen sind insbesondere auch Löschflugzeuge zur Waldbrandbekämpfung anzuschaffen, die auch in Nord- und Mitteleuropa zur Verfügung stehen müssen.

GELDWÄSCHE IM IMMOBILIENSEKTOR

Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Geldwäsche im Immobiliensektor wirksamer zu bekämpfen und einzudämmen. Erforderlich hierfür sind zum einen strengere gesetzliche Regelungen. Insbesondere Barzahlungen sollten beim Immobilienkauf generell untersagt werden. Gleichzeitig muss die geldwäscherechtliche Aufsicht, in Abstimmung mit den Ländern, vereinheitlicht und personell gestärkt werden.

EINHEITLICHER MEHRWERTSTEUERSATZ IN DER GASTRONOMIE

Die CDU in Niedersachsen setzt sich für einen bundesweit einheitlichen Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 Prozent in der Gastronomie auf Speisen ein.

STEUERFREIE RÜCKLAGENBILDUNG IN DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Die CDU in Niedersachsen setzt sich für eine steuerfreie Rücklagenbildung für wirtschaftlich schwierige Zeiten in der Land- und Forstwirtschaft ein.

ÜBERARBEITUNG DES NKAG

Die CDU in Niedersachsen bittet die CDU-Landtagsfraktion, das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz (NKAG) in Bezug auf die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren nach §5 zu überarbeiten. Angestrebt wird eine Regelung, nach der – vergleichbar der Regelung im Kommunalabgabengesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – die Straßenreinigungsgebühren an der tatsächlichen Möglichkeit der Inanspruchnahme der Straße durch den Gebührenschuldner oder der wirtschaftlichen Nutzung des Grundstücks anknüpfen. Darüber hinaus sollte das NKAG in diesem Punkt deutlich transparenter gestaltet werden. Hier könnte die im Gesetzgebungsverfahren befindliche Änderung des §6 NKAG im Hinblick auf die Anforderungen an die Transparenz als Maßstab dienen.

FÜR KLARHEIT IN DER GRUNDSTEUER

Die CDU in Niedersachsen unterstützt ein Reformgesetz zur Grundsteuer im Bundesrat und spricht sich für ein einfaches, transparentes und aufkommensneutrales Modell zur Grundsteuer aus, das (a) den Verwaltungsaufwand minimiert, (b) für den Bürger verständlich ist und (c) die kommunalen Spitzenverbände im Rahmen einer ggf. angedachten Landesregelung einbezieht, um den Kommunen in Niedersachsen diese Einnahmequelle dauerhaft zu sichern.

RAUMORDNUNGSPROGRAMM

Die CDU in Niedersachsen fordert, dass die CDU-Minister in der Landesregierung durchsetzen, dass die bisherigen Gemeinden mit grundzentralen Teilfunktionen als Grundzentren eingestuft werden.

IDEENBÖRSE KOMMUNALPOLITIK

Die CDU in Niedersachsen bittet die kommunalen CDU-Fraktionen, dem Generalsekretär der CDU in Niedersachsen regelmäßig über die Anträge, Anfragen und weitere Initiativen zu informieren, die geeignet sind, auch in anderen Kommunen gestellt zu werden.

BEI DER BREITBANDINFRASTRUKTUR ZWEIKLASSENGESELLSCHAFT VERMEIDEN - „GRAUE ZONEN“ NICHT BENACHTEILIGEN

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die sog. Förder-/Aufgreifschwelle von ≥ 30 MB in den Förderbedingungen für die Schaffung von Breitband-Infrastruktur in Kommunen ersatzlos wegfällt, damit gleichwertige Lebensverhältnisse im Flächenland Niedersachsen erreicht werden.

GEWÄHRUNG VON ZUWENDUNGEN FÜR INVESTITIONEN IN DER TAGESBETREUUNG FÜR KINDER IM ALTER VON DREI JAHREN BIS ZUR EINSCHULUNG (RIT)

Die CDU in Niedersachsen spricht sich hinsichtlich der geplanten Landeszuwendungen an die Kommunen für Investitionen in Kindertagesstätten für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung dafür aus, die bisher geplanten Investitionsmittel aus den Bundesmitteln des Gute-Kita-Gesetzes deutlich zu erhöhen.